



Die KP Österreichs im 70. Jahr ihres Bestehens

Von Ulrich Weishaupt

Vor 70 Jahren, am 3. November 1918, ist die Kommunistische Partei Österreichs gegründet worden. Seitdem hat sie einen langen, komplizierten Weg zurückgelegt. Im Ergebnis jahrzehntelanger opferreicher Kämpfe und geschichtlicher Prüfungen verfügt sie heute über reiche Traditionen und Erfahrungen, die ihr helfen, den gegenwärtigen Herausforderungen und Aufgaben gerecht zu werden.

Zu den hervorstechenden Merkmalen der Politik der KPÖ gehört, daß sie sich konsequent für die grundlegenden Lebensinteressen der österreichischen Nation einsetzt. 1933 wurde die Partei verboten. Trotzdem führten die österreichischen Kommunisten einen entschlossenen Kampf gegen das austrofaschistische Regime. In der Zeit der Annexion durch Nazideutschland von 1938 bis 1945 setzte die Partei den Kampf unter großen Opfern fort. Durch den inneren Widerstand, die aktive Teilnahme am bewaffneten Partisanenkampf und ihr politisches Wirken im Exil leisteten die österreichischen Kommunisten einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung des Landes vom Faschismus. Von allen am Widerstand beteiligten Kräften des Landes brachte die KPÖ die mit Abstand größten Opfer für ein „freies, unabhängiges, in seiner demokratischen Entwicklung gesichertes Österreich“, wie es in einer 1944 von der Partei veröffentlichten Broschüre heißt. Daher war es folgerichtig, daß die KPÖ nach dem zweiten Welt-

krieg im Kampf um eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle spielte. Die Unabhängigkeitserklärung als Rechtsgrundlage der zweiten Republik wurde außer von Vertretern der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auch vom damaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Johann Kopenig, unterzeichnet. 7 der 29 Minister der ersten provisorischen

Regierung des befreiten Landes waren Kommunisten. Mit dieser Haltung dokumentierte die Partei, daß sie für eine breite nationale demokratische Front eintrat. Als man im März 1988 in Österreich des 50. Jahrestages des Überfalls und der Annexion durch das Hitlerregime gedachte, wurde der Beitrag der Kommunisten zur Befreiung und Wiederherstellung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse zu Recht gewürdigt.

Wahrung der Neutralität und nationaler Interessen

Die Haltung der KPÖ zu einer der wichtigsten Fragen der österreichischen Politik in der Gegenwart, zur Position des Landes gegenüber der EG, wird im gleichen Maße von den nationalen Interessen bestimmt. Mit ihrem konsequenten „Nein“ zur Vollmitgliedschaft verteidigt die KPÖ die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs. In einer im März dieses Jahres vom Zentralkomitee veröffentlichten Denkschrift stellt die Partei fest, daß die volle Teilnahme an dem ab 1992 vorgesehenen EG-Binnenmarkt mit dem Status der immerwährenden Neutralität Österreichs unvereinbar sei. Dabei macht sie gleichzeitig deutlich, daß dies kein Votum gegen die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ist.

Die KPÖ betont in diesem Zusammenhang, daß die EG nicht Europa ist. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, industrielle sowie wissenschaftlich-technische Koope-

ration im gesamteuropäischen Rahmen der KSZE und der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO (ECE), Weiterführung und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern, würden, so betont die Partei, den Interessen sowohl Österreichs als auch unseres Kontinents am Abbau der Konfrontation und an der Festigung von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit besser dienen. Die Partei empfiehlt, Österreich solle gemeinsam mit den anderen EFTA-Ländern Beziehungen anstreben, die den neutralen Status dieser Länder garantieren. In diesem Zusammenhang hat sie die Initiative zu einem Treffen der kommunistischen Parteien der EFTA-Länder ergriffen, das dem Erfahrungsaustausch und einem koordinierten Vorgehen dienen soll. Die feste und zugleich konstruktive Position der KPÖ in dieser Frage findet in Österreich Gehör.